

## **C-4NEU** Verwaltung digitalisieren: E-Government, Datenschutz und IT-Sicherheit

Antragsteller\*in: Martin Kündiger (Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg)

Tagesordnungspunkt: 4.(C) Weltoffen (Projekte)

659 Die Digitalisierung von Behördendienstleistungen spart Zeit, Geld und Stress für Bürger\*Innen und  
660 Wirtschaft sowie für die Verwaltung selbst. Gerade in einem Flächenland kann der Online-Zugang zur  
661 Verwaltung die Teilhabe verbessern und die Transparenz von Verwaltungshandeln deutlich steigern. Wir  
662 wollen E-Government unter Beachtung der Grundsätze Datenschutz, IT-Sicherheit, Bürgerfreundlichkeit  
663 und Barrierefreiheit deutlich nach vorne bringen. Wir wollen innerhalb einzelner Behörden, das  
664 "Once-Only-Prinzip" erproben, so dass Bürger\*innen ihre bereits vorhandenen Daten nicht jedes Mal erneut  
665 angeben müssen. Damit ein E-Government-Gesetz seine positive Wirkung entfalten kann, braucht es  
666 qualifizierte IT-Mitarbeiter\*innen, effiziente Strukturen und ausreichend Ressourcen. Da Fachleute in  
667 diesem Bereich schwer zu bekommen sind, muss besonderes Augenmerk auf Nachwuchsförderung und  
668 Ausbildung gelegt werden.

669 Bei Beschaffung und Einsatz von Hard- und Software sind Sozial- und Umweltstandards, standardisierte  
670 Schnittstellen sowie Datenschutz- und IT-Sicherheits-Standards zwingend festzuschreiben. Bei IT-Verträgen  
671 wollen wir eine "No-Spy-Klausel" einführen, damit Anbieter, die mit ausländischen Geheimdiensten u.Ä.  
672 zusammengearbeitet haben, ausgeschlossen werden können. Langfristig streben wir bei der öffentlichen  
673 IT-Infrastruktur einen kompletten Wechsel auf freie und quelloffene Software an. Kommunikation zwischen  
674 Verwaltungseinheiten wollen wir grundsätzlich durch Ende-zu-Ende-Verschlüsselung absichern.